

Er scheint täglich  
mittags mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis  
monatlich 50 Pf., jährlich 1.50 Mk.  
per annum frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.65 Mk.

Die Unterhaltungsbeilage  
"Die Neue Welt" kostet  
monatlich 10 Pf., jährlich 30 Pf.

# Volkswacht

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.

Telegramm-Adresse: Volkswacht Halle.

Wort: für Wahrheit und Recht.

Insertionsgebühr  
beträgt für die 5 halbe  
Zeile oder deren Raum  
15 Pf., für Wohnungs-,  
Berufs- und Bekanntmachungs-  
anzeigen 10 Pf.

Inserate für die tägliche  
Nummer müssen spätestens bis  
vormittags 1/10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-  
einigungsliste unter Nr. 6585.

Nr. 208.

Halle a. S., Dienstag den 6. September 1892.

3. Jahrg.

## Parteigenossen!

Die letzte öffentliche Volksversammlung im „Concordia-Saal“ hat in der Frage des Bierbockstotts nach langer Diskussion die alte energische Stellung beibehalten. Ihm nun jeder Gewisse seine Pflicht umherschauen, als durch einen um so größeren Druck von unserer Seite die Tage des Bockstotts verkürzt werden und wir zu einem ausschlaggebenden Siege gelangen.

## Politische Rundschau.

Die „Schlesische Volkswacht“ berichtet: Kassales Todesstag. Ob auch des Körpers Hülle ist zerbrochen, sein Geist, er lebt! Er lebt! Davon gaben auch diesmal, am 31. August, am Todestage Kassales, die Arbeiter und Arbeiterinnen Bestraun Zeugnis. Die ersten, welche die Veranlassung, Kassale zu ehren, auf dem Plan unseres jüdischen Kirchhofes erschienen, waren Bestraun „Schwengel“. Ihr Verhalten darf aber als musterhaft bezeichnet werden. Von der Latz, nur in mer eine bestimmte kleine Anzahl auf den Kirchhof einzulassen, war diesmal „unere“ Polizei abgesehen. Der Zutritt zum Kirchhof war unbeschränkt. Etwa um 8<sup>1/2</sup> Uhr wählte sich der in anbetraucht besien, daß ein Wochentag war, impotente Zug von Genossen und Genossinnen heran, um die dem Bockstotts zur Ehre gewidmeten Kränze auf seinem Grabe niederzulegen. Der Zug eröffneten drei Droschken, welche die organisierten Junmader Bestraun gestellt. Der vorderste Wagen enthielt den von den Humandern gespendeten Kranz. Hinter dem Wagen schritten an der Spitze der Nachfolgenden die Träger der übrigen Kränze. Als der Trupp, welcher zur Hälfte aus Frauen bestand, an die Gräber Kassales herantrat, wählten ihm bereits die Schwestern eines von den organisierten Malern, Bacterern u. Bestraun gewidmeten Kranzes mit der Aufschrift: „Dem Kämpfer für Wahrheit und Recht: Ferdinand Bestraun“ entgegen. Die nun noch niedergelegten Kränze hatten auf ihren Schleißen folgende Aufschriften: „Dem Kämpfer für Freiheit und Recht!“ Die Arbeiter-Parteigenossen, „Großer Kämpfer“, Die sei dieser Kranz zu Ehren!“ Der Arbeiterverein Bestraun. — „Dem Denker und Kämpfer für Freiheit und Recht!“ Der Arbeiterverein Bestraun. — „Zum Todestage dem Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ Die organisierten Humander Bestraun. — „Gedicht die Sozialdemokratie! Dem Denker und Kämpfer“ gewidmet von den Tabakarbeiter Bestraun. — Auch aus den politischen dunklen Wäldern der Provinz Posen legte ein Kranz Zeugnis ab für die Ausbreitung der Lehre Lassalles. Derselbe hatte folgende Aufschrift: „Dem treuen Kämpfer für Wahrheit und Recht!“ Der „Sozialdemokratische Arbeiter-Verein Bestraun von Kowitz“. — Das Datum des Todestages Lassalles: der 31. August 1864, war natürlich mit auf den aus einem gewöhnlichen Rot bestehenden Schleißen vorhanden. — Sämtliche Kränze waren reichlich mit roten Blumen, Rosen, Afern und Nelken durchflochten. Von dem Kranz der Tabakarbeiter verdienen die eingeschriebenen Woch-

rosen, welche ihn besonders zierten, hervorgehoben zu werden. Die Kranzspende auf Kassales Grab dürfte, da unseres Wissens noch Kränze ausstehen, die im Laufe des Tages niedergelegt wurden, mit dem in diesem Bericht enthaltenen noch nicht abgeschlossen sein und berichten wir darüber noch.

Nach dem „Hamb. Corr.“ soll die erhöhte Friedensprämie entsprechend den Wahl- und Volkszählungsarbeiten auf fünf Jahre festgesetzt werden. Wegen der Deckung der dauernden Mehrausgaben von 70 bis 80 (oder 100!) Millionen durch erhöhte indirekte Reichsteuern finden gegenwärtig Verhandlungen mit den Bundesregierungen statt.

Der Wahlkreis Sagan-Sprottau, welcher bisher von Forderbeck vertreten war, ist der freisinnigen Partei nach dem Ausfall der Stichwahl erhalten geblieben. Der konservative Kandidat v. Ritzing hat es auf 7304, der der freisinnigen Partei, Verlagsbuchhändler Dr. Müller, auf 8379 Stimmen gebracht, so daß Dr. Müller seinen Gegner mit mehr als 1000 Stimmen Majorität geschlagen hat.

Die Cholera und die Leichengrabenverbrennung. Ein Wiener Blatt erzählt aus ärztlichen Kreisen eine Zuschrift, in welcher entschieden die allgemeine Leichengrabenverbrennung gefordert wird, nachdem die Unzulänglichkeit der bisherigen Bestattung sich jetzt in Hamburg eklatant gezeigt habe. Wäre die Benutzung des dortigen Krematoriums nicht unendlich verzögert worden, so bräuchten die Choleraleichen nicht längere Zeit unbedeckt liegen zu bleiben und die Gefahr einer Verschleppung der Seuche zu vergrößern. Man solle doch feindliche Mächtsigkeiten beseitigen und die sanitative Feuerbestattung einführen. Dies sei das einfachste Mittel, um jene Verdräben von Kranzenteinsetzungen zu vermeiden, welche die Leichen der an Cholera oder Typhus Gestorbenen enthalten. Wie man sieht, zwingen die Verhältnisse uns immer mehr, von veralteten Anschauungen abzugeben und den Ergebnissen der Wissenschaft Rechnung zu tragen.

Nun sind sie gut genug, die einheimischen Arbeiter! Bis dahin hat man an Bau des Nordostkanals hauptsächlich den ausländischen Arbeitern, den bedürftigsten, „artigen“ Italienern, den Vorkzug gegeben. Man hat versucht, einheimische Arbeiter, die im Verdachte stehen, vom „sozialdemokratischen Geiste“ angegriffen zu sein, möglichst fernzuhalten von der Beschäftigung an dem großen Bauwerke, für das die deutsche Nation ihre Steuern zahlen muß. Man hat auf die herrschende große Arbeitslosigkeit unter der einheimischen Bevölkerung keine Rücksicht genommen und dadurch nicht unerheblich dazu beigetragen, daß das soziale Elend, in welchem die Cholera einen so günstigen Fortpflanzungsboden hat, zunahm. Um so beachtenswerter ist folgende dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus Brunsbüttel zugegangene Notiz:

„Der Cholera wegen legen viele Arbeiter und Maurer

am Nordostkanal die Arbeit nieder. Namentlich sind es Italiener, welche in ihre Heimat reisen. Zur Einstellung gelangen vorläufig nur hiesige Arbeiter. Maurer verdienen bei eiskühler Arbeit M. 5.50. Eine Cholera-Baracke ist am hiesigen Hafen errichtet, welche 16 Kranke aufnehmen kann.“

Wie rührend! Jetzt werden vorläufig nur einheimische Arbeiter eingestellt! Und wenn die Epidemie vorüber ist, dürfen sie selbstverständlich wiederarbeiten, die „artigen“ Italiener, und den einheimischen Arbeitern, die im Interesse des Staates und der Gemeinde schwere Lasten zu tragen haben, das Brot vor dem Munde weg nehmen. Vorläufig sind die einheimischen Arbeiter gut genug, damit das Wert nicht ins Stocken gerät!

Na merkt, Ihr patriotischen Herren von der Verwaltung, zu dem Stücklein wird Euch noch eine Melodie gesungen werden, die Euch gar grausam in die Ohren klingen soll!

Die Cholera-Gefahr ist ein Grund, den Fluchtverdacht fallen zu lassen. Aus Berlin wird gemeldet: Unter den heute auf dem Lehrter Bahnhof aus Hamburg eingetroffenen Reisenden befand sich auch ein Mann, welcher von einem Transporteur begleitet wurde. Er war wegen eines Verdachtes von der hiesigen Staatsanwaltschaft verfolgt und in Hamburg ermittelt worden. Hier angekommen, geriet man in Verlegenheit, wo der Verhaftete unterzubringen sei. Das Untersuchungsgefängnis wies erigte, die Cholera-Verdächtigen aufzunehmen. Der Staatsanwalt zog es vor, unter diesen Umständen den Fluchtverdacht fallen zu lassen und den Gefangenen auf freien Fuß zu setzen.

Müssen fürchtliche Personen sich ebenfalls den gegen die Cholera getroffenen Maßnahmen fügen? Das scheint fast nicht der Fall, wenn man die folgende Nachricht liest: Auf Schwierigkeiten stieß vor wenigen Tagen eine fürchtliche Person aus Deutschland, welche auf einer Reise nach Rußland begriffen war, in der Grenzstation Ebnathaus. Die Grenzbehörde wollte hier den durch die Cholera-Gefahr gebotenen Vorkehrungen nachkommen und eine gründliche Desinfektion des hohen Herrn selbst und der von ihm mitgeführten Gepäckstücke vornehmen. Dies wollte aber der Reisende nicht zulassen, und wurde daher an seiner Weiterreise gehindert. In seiner Not hat er das ausländische preussische Ministerium um Befreiung von dieser Maßregel, da er ja aus einer der Seuche nicht heimgesuchten Gegenden komme, und erreicht es auch, daß in bezug auf ihn eine Ausnahme zugelassen wurde.“

So meldet ein Berichtstatter. Es wäre von allgemeinem Interesse, zu wissen, wer der „hohe Herr“ war, und ob wirklich zu seinen Gunsten eine Ausnahme gemacht wurde.

Vom „elendesten aller Wahlsysteme“ schreibt das „Berl. Tagebl.“: „Im Städtchen S. ist der Urwähler und Schlächter-

spricht. Und sein Urteil ist so stumpf und sein Gedächtnis so schwach, daß er die Widersprüche, die das Blatt in seinen Spalten enthält, nicht gewahr wird, selbst wenn sie in ein und derselben Nummer vorkommen.“

Im schon geschmähten und elegant eingerichteten Redaktionslokal sitzt Professor Birnenmann, der gegenwärtige Hauptredakteur der „Allgemeinen Zeitung“, wie auf dem Titel derselben zu lesen, obwohl auch er, trotz seines ziemlich bekannten Namens, den er von auswärts mitgebracht, der Oberleitung des Eigentümerens in manchen Beziehungen unterworfen ist. Er pflegt während seines Aufenthaltes in diesem Lokal stets im schwarzen Frack und in weißer Kravatte sich zu zeigen und handhabt bei seiner Tätigkeit einen eleganten silbernen Stiel. Seine Thätigkeit ist nicht gerade eine anstrengende zu nennen: die „Tagesgeschichte“ wird mit der Ehre aus gefinnungsverantwortlichen Blättern herausgeschmitten; da hat man nicht nötig, diese Artikel selbst zu schreiben, und ist sicher, daß man nicht aus Versehen etwas der Partei Unangenehmes oder Beschädliches mit aufnimmt. Ein einmal entfallender Bericht gelangt auf diese Weise in hundert Blätter, wird von Hunderttausenden gelesen, — welche großartige Gelegenheit, einem Gegner, ja einer Regierung die empfindlichsten Stiche beizubringen!

Dann und wann wird man allerdings zu einer Berichtigung gezwungen, die man dann mit einem süß-sauren Lächeln bringt, aber man tröstet sich mit der Überflucht, daß die Kollegen von dieser Berichtigung keine Notiz nehmen werden, und dann ist der Zweck der Wahrheitsentstellung doch noch immer so ziemlich erreicht. Außerdem hofft man durch unablässigen Kampf für Pressefreiheit noch zu erreichen, daß man von der Pflicht, solche Berichtigungen zu bringen, entbunden werde. Soweit gehen die Hoffnungen und die Wege der Zeit! Ein dominierendes Blatt in einem Landestheile vermag eine Person in der Achtung von Hunderttausenden zu erhöhen und herab-

59]

## Am Wechsel der Zeit.

Beliebigster Roman in drei Akten  
von A. Otto Walker.

(In neuer von Verfasser bewerkstelligter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

Wehr! Ich besaß indessen nicht bloß Spekulationsgeist, er nährte auch einen ziemlichen Ehrgeiz in seiner Brust; woher es kam, daß er in derselben Zeit, da die Nachsorgeorgane aufhörten, ihn zu beschäftigen, ein gewichtiges Verlangen spürte, die ihn früher nicht beachtet, seine Geselligkeit in Anspruch nahm; wenn Parteihäupter sich unmittelbar an ihn, statt an den Redakteur wandten; wenn eine Kleinigkeit persönlich bei ihm über fante Beurteilung fragte, dann gab es im Redaktionsbüro ziemlich lebhaftes Auftritte zwischen dem Eigentümer der Zeitung einerseits und dem Redakteur oder den Mitarbeitern andererseits. Umsonst wurde dem Buchdrucker vorgehalten, daß die Zeitung für ein großes Publikum und nicht für ihn und keine Freunde geschrieben werde, daß das Publikum die Wahrheit zu hören bereit sei und nicht das, was etwa ihm, dem Herrn Wehr! oder seinen Freunden beliebt; der Eigentümer erklärte rund herum, daß das Blatt sein Eigentum sei, mit dem er machen könne, was ihm beliebt, und so mußte es endlich zum Bruch kommen. Der Schriftsteller hatte sein Verles darangeht, um das Blatt in die Höhe zu bringen; sei Honorar war, in Absetzung der damaligen dürftigen Verhältnisse derselben, ein außerordentlich geringes gewesen; auf solche Unannehmlichkeit nicht gefaßt, hatte er es mit dem Kontorke nicht streng genug genommen, und so schied er von dem Blatte, seiner geistigen Schöpfung, ohne Dank und ohne Lohn.

Die Zeitung nahm nach und nach eine andere Tendenz an. Herr Wehr! konnte seinen persönlichen Liebhaberinnen nun ungehindert die Hügel schütten lassen, er wurde ein angelegener Bourgeois, um dessen Wust sich Hoch und Niedrig bekümmerte; die liberale Partei verstand es, ihn in ihr Netz zu ziehen, machte ihn dafür zum Stadtverordneten sowie zum Mitgliede aller vorkommenden Komitees und Kommissionen, bei deren Zuzieh und Zielen man zwar nicht seine persönliche Einsicht, wohl aber die Mißliebe der Zeitung brauchte; Herr Wehr! konnte zufrieden sein.

Die denkenden Leser fanden allerdings, daß die „Allgemeine Zeitung“ ihre Selbsttätigkeit nicht mehr ausreichte und erfüllte, daß verdienstvolle Leute ungebührlich heruntergerissen, falsche Größen gelobt wurden, je nach den Bedürfnissen der Partei. Sie bemerkten mit Unwillen, daß Leute, welche der Zeitung durch Ankündigungen viel Geld zu verdienen gaben, sogar im Interesse das unverschämteste Lob zuerzettelten, um Gaben der Tugendigen in demselben Maße. Inzwischen, was konnten sie thun? Ein neues Blatt verlangte, um dem alten Konkurrenz zu machen, größere Opfer, als das letztere, und der denkenden Leser sind so wenige! Die große Menge merkt kaum solche Umwandlungen in der Führung eines Blattes, sie merkt nur, wenn der Preis oder das Format geändert wird, sie sieht nur, was die Zeitung schreibt und ahnt kaum, warum sie so schreibt. Was die Zeitung lobt, lobt die gedanklose Menge, was jene tadelt, tadelt sie auch.

Es giebt so wenig denkende Leser! Diese Thatsache erklärt die Geschichte von hunderten von Zeitungen. Wehe dem Geschichtsschreiber der Zukunft, der einst aus solchen Dummheiten lachend soll; kein Herkules wird diesen Augiasstall zu reinigen vermögen! „Ich habe es doch in der Zeitung gelesen!“ ruft verwundert der eifrige Zeitungsleser aus, wenn man einen von seinen, der Zeitung entnommenen Mitteilungen wider-

meiner Reumann, ein sehr reichlich begüterter Herr in der glücklichen Lage, ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urmähler allein aufzubringen. Wegen dieser genialen Begabung bevorzugt das „elendeste aller Wahlsysteme“ Herrn Reumann damit, daß er für seine Person allein die erste Abteilung seines Urmählerbüchens bildet.

Bei den vorigen Landtagswahlen erwies der reiche Urmähler im Wahllokal und erklärte: „Ich wähle mich selbst zum Wahlmann.“ „Sehr wohl, Herr Reumann“, antwortete der Wahlvorsteher, protokollierte den Namen des Gewählten und sagte weiter: „Nach § 20 des Wahlgesetzes müssen sich die gewählten Wahlmänner, wenn sie im Wahltermin anwesend sind, sofort erklären, ob sie die Wahl annehmen. Ich richte daher an Sie, Herr Reumann, die Frage: nehmen Sie die Wahl als Wahlmann an?“

„Ich lehre die Wahl ab“, war Reumanns Antwort. Der Wahlvorsteher guckte in sein Wahlprotokoll und meinte: „Lann müssen wir die Wahl wiederholen. Der § 21 des Wahlgesetzes schreibt vor, daß, wenn ein Wahlmann ablehnt, sofort eine Auswahl vorzunehmen ist. Ich schreite also zu einer neuen Wahl und frage Sie, Herr Reumann, wenn Sie in neuen Wahlgänge Ihre Stimme geben?“

„Ich wähle den Schlächtermeister Reumann“, erklärte der Urmähler würdevoll.

Etwas gereizt fragte der Wahlvorsteher: „Nehmen Sie die Wahl nunmehr an, Herr Reumann?“ Herr Reumann warf sich in die Brust und sprach stolz: „Nachdem ich durch das wiederholt ausgesprochene Vertrauen meiner Herren Wähler zum Amte eines Wahlmannes berufen worden bin, nehme ich dieses Amt nunmehr dankend an.“

„Sprachs und schritt stillvergüht von dannen zu seinem Frühlingspomp.“

**Antisemitisches.** Dem Böckelischen Hausen scheint es nicht sonderlich zu gehen; er ist sichtlich schlechter Laune und die Objekte, an denen er sie ausläßt, sind nicht etwa die Juden, sondern die — antisemitischen Konfessionen, die Altkatholik und Genossen, bei denen offenbar das Geld besser in den Kasten springt, und die Konserbativen, die sich bekanntlich auch rüsten, eine antisemitische Fraktion zu gründen. In der neuesten Nummer des „Reichsboten“ heißt es wörtlich: „Man läßt allen möglichen Fraktionen nach, und deren find und waren viele: Söldner, Altkatholik, Crouilliers, Akerst, Kuppel, Geuric, D. Förster u. Was sind und waren sie anders als Fraktionen, die unsere Bewegung in den Sumpf geföhrt haben? Aber gerade diese Leute haben viele, viele Freunde gefunden und Millionen sind für sie geflossen — für nichts und wieder nichts, während die christlichen Verehrer der Sache darben und arbeiten. Wenn das nicht bald anders wird, ist alles verloren. Es kann so nicht weiter gehen. Am unredlichen Ort weist man das Geld mit Händen hinaus und am rechten Ort fehlt es.“ Den bevorstehenden konservativen Parteitag bezeichnet das Blatt als eine „Komödie“, „schloß“ als die konzervative Partei schon jetzt sei, könne sie nicht werden, ihre Presse habe ein Talent, langweilig zu sein, das geradezu vernichtend wirke. es muß starke Ebbe in der Warburger Kasse sein!

**Aus der guten Gesellschaft.** Ueber die von unferen ehrenwerten Bürgergeistesgenossen so selbst protegierte Frau Dr. Prager, die man durch ihre fortwährende Revisionen-Veruche von ihrer Judthausstrafe „Loszureibieren“ suchte und derenwärtig der Gerichtspräsident Braunemeyer damals allerlei überzogen nicht ganz unberechtigten Angriffen ausgelegt war, seien wir heute im „Berliner Tageblatt“, dem Berliner Halbweiner, in der „Volkszeitung“ und natürlich auch in der Cloaca maxima Berlins, in der „Freisinnigen Zeitung“. „Aus dem Justizhaus zu Jauer verlaudet, daß die dort untergebrachte Frau Dr. Prager ihr Geschick mit großem Gleichmut erträgt, als man es bei dem jähren Wechsel ihrer Verhältnisse erwarten konnte. Sie ist, wie ein Gerichtsreferent mitteilt, feinerseit in ihrer eigenen einfachen oder eleganten Kleidung nach Jauer übergeführt worden, und es ist bezweifelnd, daß behauptet wird, man habe in ihrem Taschen die Puderquaste (!) vorgefunden, die sie im Unterfangsarekret zu

Maobit in Anwendung gebracht und auf die ungewillige Weise nach Jauer mitgenommen hatte. Die Gefangene wird mit Soidarbeitsverpflichtung, das heißt schlechte und unangenehme (!) Schreibeweise eine Beschäftigung mit schriftlichen Arbeiten unmöglich macht. Sie bekommt zur Zeit Paarettloß, da die gewöhnliche Gefangenenloß Härtere Verdauungsstörungen bei ihr hervorgerufen hatte. Im übrigen soll sie den Anstaltsbeamten die zu schaffen machen und so wenig Zerknirschtheit zeigen, daß man es vorgezogen hat, sie ihre Spaziergänge abgelehnt von den übrigen maden zu lassen.“ Sehr richtig bemerkt hierzu der „Reichsbote“: „Das ist also die ehmal von der Berliner Bourgeoisie so viel umschwärmte Schönheit, um die nach dem kompetenten Auspruch von Ludwig Büchsch einmala eine wahre „Echbruchsphibemie“ in den nach „Bildung“ und Besitz maßgebenden Kreisen Berlins herrschte. Was ist doch für ein ecker Dumbung mit dieser „Bildung“, die vielfach nur ein gesellschaftlicher Firnis niedriger, roher Sittensöhigkeit ist, getrieben worden! Die Frau Prager mit ihrer Verworfenheit, ihrer jedenloßen schönen Laune und ihrer ungewöhnlichen Schreibeweise nimmt sich wie die selbstgefällige Schungelbin dieser „Bildung“ aus.“

**Daß die Hilfe nicht von oben kommt,** sehen immer mehr Leute ein, nachdem sie „lange genug gehofft und gekarrt“ haben. Wie aus London gemeldet wird, sollen in einem Bezirke neue Kirchen niedrigeren werden, weil sie zwecklos geworden sind und der „Gottesdienst“ vor leeren Bänken abgehalten werden muß. Die wirtschaftlichen Zustände sind schließlich immer mächtiger als die althergebrachten Gewohnheiten. Die Reichen brauchen keinen Himmel mehr und die Armen fingen mit Herwegh: „Höllchen möcht ich mir die Rosen jetzt auf Erden schon, und nicht warten auf die große, letzte Liquidation.“

**Einem eigentümlichen Zahlungsauftrag** erhielt dieser Tage — wie wir im Grager „Arbeiterwille“ lesen — der Vereinsvorstand des allgemeinen Bergarbeitervereins für Köstlach, Völsberg und Wies (Steiermark). Der genannte Verein wollte am 3. Juli in Wies eine Vereinsversammlung abhalten, welche jedoch unterbleiben mußte, da der Referent nicht erschien. Da die Versammlung erst abgelehnt wurde, als der Regierungsdirektor, Bezirkshauptmann Graf Paec, im Versammlungskomitee erschien, fand sich derselbe veranlaßt, dem Vereine einen Zahlungsbefehl in Höhe von 6 fl. 90 kr. zu schicken für die „Kommissionskosten aus Anlaß einer für den 3. Juli in Wies angedienten, nicht abgehaltenen Vereinsversammlung.“ Unter „Anmerkungen“ ist dem Zahlungsauftrag beigelegt, daß dem Bezirkshauptmann erst antilänglich seines Eintreffens im Versammlungskomitee von dem Nichtstattend der Versammlung Mitteilung gemacht worden sei. Derartige behördliche Einfälle sind in Steiermark gar nicht so selten. Wie wir aus unferem Grager Bergarbeiterorgan erfahren, legte im vorigen Jahre die Bezirkshauptmannschaft Steiermark die Vereinsleitung des deutschnationalen Vereins des Bezirgs an, da eine angelegte Versammlung nicht abgehalten wurde. Graf Paec ist weniger rücksichtslos: er verlangt nur die Kommissionsgebühren! — Die österreichischen Zustände sind doch recht merkwürdig. Das Gesetz sagt auch hier nicht, daß Beamte zur Überwachung der Versammlungen anzuweisen sein müssen, das Gesetz spricht nur davon, daß die Behörden Beamte in die Versammlung zu schicken das Recht haben. Die Behörden sühnen demnach besser, sie schicken überhaupt keine Beamten in die Arbeiterversammlungen, kann ersparen sie die Kosten überhaupt. Anders läge die Sache, wenn den Arbeitern eine Versammlung abzuhalten nicht gestattet worden wäre und diese nun für den gehaltenen Schaden Ersatz beanspruchen. Da sieht es aber recht winzig aus.

Zum Glück machen sich die Bergarbeiter wegen der Kommissionsgebühren keine großen Sorgen, denn der Graf Paec steht mit seiner Forderung vereinzelt da, indem es noch keiner einzigen Behörde bisher in den Sinn kam, Ersatz für solche Kommissionsgebühren zu verlangen. Am 1. September ist in England das neue Volksschul-Unterrichtsgesetz in der Hauptsache in Kraft getreten. Von diesem Tage ab haben alle Eltern das Recht, ihre Kinder in die staatlich unterrichteten Schulen zu schicken, welche in der Nähe ihres Wohnortes liegen, ohne Schulgeld zu zahlen.

So eine Verdrängung nicht wenig dazu beiträgt, das Ansehen des Nimbus zu zerstören, den man mit so vieler Mühe um sich zu verbreiten verstanden. Zwar weiß man sich meistens zu helfen, indem man das Bittere der Verdrängung durch eine Anlehnung und einen Nachstoß unmerklich zu machen versteht, gleichwie der Apotheker das Bittere gewisser Bitten durch eine Vermischung von Zuckerstoffen zu verhüllen trachtet; man weiß einen elephantengroßen Irrtum als kleine Mücke hinzustellen und der Wahrheit dadurch wieder Genüge zu leisten, daß man die Irrtümer der Segner recht groß befand.

Schlumsternfalls muß ein unglücklicher Total-Verdrängter, der ganz wahrheitsgetreu den Bericht und zu seiner Verwunderung seinen Bericht aus der Redaktion entfiel her vorkommen sah als Stündenbode dienen. Die ganze fittliche Entrüstung wendet sich öffentlich gegen ihn, und zwar in solcher Weise, daß das Publikum nicht anders kann, als von solchen unzuverlässigen Fittsbereitern abhängig sei. Der Fittsbereiter schwärzt; er weiß nicht, wo er sonst sein Brot verdienen könnte — er ist ein Sklave des Kapitals. Dem einen oder andern Bekannten vermag er wohl das Unerkennliche zu erklären, die Massen glauben es ihm nicht; es ist auch kaum zu glauben, aber es ist nichts desto weniger wahr. An welche Weise soll dem Publikum immer das Wahre als wahr erscheinen, da es doch täglich von seinen Zeitungen bezogen wird und damit so zufrieden ist, daß es ganz grimmig werden kann, wenn man ihm nachweist, wie es sich systematisch und gedankenlos hat belügen lassen.

Zweilen nun allerdings haben dergleichen Verdrängungen etwas sehr Unangenehmes, und das ist besonders dann der Fall, wenn der Hauptredakteur selbst zugegen gewesen, als das Berichtete gelesen, und man allgemein annehmen muß, daß er schon aus eigenem Interesse, wenn nicht aus Pflicht

Verlangt eine Schule Schulgeld, so können sich die betreffenden Eltern an das Unterrichts-Ministerium wenden und um Befreiung davon nachsuchen.

**Der englische Gewerkschafts-Kongress.** Diesen Montag tritt in Glasgow der fürnächstwichtigste Kongress der englischen Gewerkschaften zusammen. Die Frage des Abstimmens und seine Einführung wird den Mittelpunkt des Interesses bilden. Die zweite hochbedeutende Frage ist die Zusammenlegung des parlamentarischen Ausschusses und die Wahl des neuen Sekretärs. Unter Vorbrück, der jetzt glückselig befreit ist, was das Parliamentary-Comitee ein Hemmschuh jeglichen Fortschritts. Mit Recht befruchtete die „Justice“ eine vollständige Reorganisation des Ausschusses.

**Ein offenes Wort,** welches aus der Seele so mancher Regierung gesprochen ist, soll nach der „Post, Bz.“ der spanische Ministerpräsident Canovas geäußert haben: „Wenn nur das Heer aufrieben ist, so kümmern sich die Krone und die Regierung um nichts anders und thun, was ihnen beliebt.“

— Nachdem der Redakteur des „Proletariats“, Genosse Feldmann, am Sonntag früh auf Requisition der Schwedischen Staatsanwaltschaft verhaftet wurde, führte man ihn am Montag morgen vor den Untersuchungsrichter. Aus der Vernehmung ging hervor, daß gegen Feldmann die Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Beschädigung von Staatsverrichtungen erhoben ist. Feldmann hat demgegenüber erwidert, daß die Fabel, wegen der Verhaftung erfolgte, unmöglich die Kriterien einer Straftat in sich schließt, dieselbe ist nichts anderes, als die Fabeln, die zum Teil in Schulbüchern vorhanden sind. Kleine Fuchs, Hämorrhoid u. s. w. seien ähnliche Fabeln. Im Anschluß an die gerichtliche Vernehmung beantragte Feldmann seine Entlassung aus der Untersuchungsloft. Auf Beschluß des Landgerichts Schwedisch wurde er denn auch am Dienstag mittag aus seiner Haft entlassen.

— Das Amtsgericht I verfuhrte vor kurzem die Beschuldigte namme der im Mai d. J., im Verlage von D. Hornich, Berlin, erschienenen Nr. 16 und 17 der „Lichtstrahlen“, Blätter für volkswirtschaftliche Wissenschaften und arbeitliche Weltanschauung“. In dem Artikel „Rettet die Kinder“ von Widlers von Gogh, soll ein Vergehen im Sinne des § 166 des R.-St.-G. (Gotteslästerung) enthalten sein. Auch die unter demselben Titel erschienene Broschüre wurde beschlagnahmt.

— In Frankfurt a. M. hat die Brauerei-Vereinigung beschlossen, die in Aussicht genommene Entlassung der drei hiesigen angehenden Brauer, Küfer und Brauereiarbeiter nicht vorzunehmen, da wegen Beilegung der schwedischen Streitfälle Vergleichsverhandlungen eingeleitet sind.

Fürtz, 2. September. In einer zahlreich besuchten sozialdemokratischen Versammlung wurde gestern abend beschlossen, über die hiesige Bierbrauerei Mailänder, wegen Saalverweigerung, den Boykott zu verhängen.

Wien, 3. Sept. August Bebel, auf einer Erholungsreise begriffen, sprach heute in einer von etwa 400 Arbeitern besuchten Versammlung der offiziellen sozialdemokratischen Fraktion über die Ziele der Sozialdemokratie, anfangs mit wenig Erfolg, da der norddeutsche Dialekt zu sehr befremdet, wirkte jedoch später, als er wärmer wurde, hart. Der Redner wies auf die Geschichte der ökonomischen Entwicklung hin und äußerte u. a., daß die Furcht vor dem Sozialismus die Regierungen und die bürgerlichen Kreise herrsche. Der Kleinverwalter Österreichs gehöre derzeit zwar noch der antisemitischen Partei an, doch sei der Hof gegen die Juden nichts als Neid. Das Interfessionale war die Bemerkung, daß Revolutionen, wie sie früher vorkommen, für die Zukunft unmöglich seien; man werde nicht mehr Baracken bauen, die Arme werde nicht mehr auf großer Höhe stehen, doch werde ein vorausichtlich kommender großer europäischer Krieg Änderungen im Wirtschaftsleben herbeiführen. (Frankf. Bz.)

**Von der Cholera.** Da 116, 5. Sept. Di Cholera-Kommission des hamburger Senats hat am Sonnabend auf telegraphischem Wege die mehligsten Tatsachen

gefaßt, den Bericht abgeben. Es findet sich freilich auch hier der Entschuldigungsgedanke keine geringe Zahl, aber unangenehm ist und bleibt die Sache doch im höchsten Grade, und wir dürfen uns darum nicht wundern, daß wir bei unferem Besuche den Herrn Professor Binnewann in nicht besonders guter Stimmung antreffen, wenn wir bedenken oder erfahren, daß er jedoch eine von vierhundert Unterschriften bedeckte Verdrängung des Berichtes über die letzte Volksversammlung erhalten hat. Die früheren Verdrängungen dieses selben Berichtes, welche von einzelnen ausgegangen waren, hatte er einfach zurückgewiesen oder in den Papierkorb wandern lassen, aber vierhundert Unterschriften in kopiert man nicht so leicht, wie die von einzelnen, nicht einmal einflussreichen Persönlichkeiten. Deshalb ist jetzt der wahrheitsliebende Mann da, um überlegt, wie er den Bericht, den er hatte drucken lassen, mit der Darstellung der Verdrängung in einem Einklang bringen könnte. Welch! schwerer Wert! der Defer noch selbst beurteilen, wie schwierig es ist, denn wir halten es für unsere Pflicht, ihm den Bericht über jene letzte, von ihm selbst beschriebene Volksversammlung, wie er in der „Allgemeinen Zeitung“ kurz und bündig stand, hier vorzulegen. Der Artikel lautete wörtlich folgendermaßen:

„Die dritte Volksversammlung, zu welcher, wie bekannt, dieselben Führer der großen Partei eingeladen hatten, welche die erste Versammlung veranstaltete, war fast noch zahlreicher besucht, als jene erste, ein schöner Beweis dafür, wie sehr es unferen verehrten Volkspatrioten für Freiheit und Fortschritt gelangen, die Bevölkerung unserer Stadt zum regen politischen Leben zu erwecken. Herr Kaufmann Mollmann, als Präsident der letzten Versammlung, hielt eine kurze, fertige Ansprache an das Publikum und schloß am Schlusse derselben Herrn Dr. Klaffmann als Vorsitzenden vor.“ (Fortsetzung folgt.)



